



***Hans-Dieter Haase***

*Vorsitzender*

26721 Emden, 10. Juni 2010  
Ringstr. 44

Tel: 04921/24397priv.

04921/4509113

Fax: 04921/4509115

email: [hans-dieter-haase@t-online.de](mailto:hans-dieter-haase@t-online.de)

oder: [spd-emd@t-online.de](mailto:spd-emd@t-online.de)

An den  
Verwaltungsvorstand der Stadt Emden  
Herrn Oberbürgermeister Alwin Brinkmann  
Frickensteinplatz

26721 Emden

**Antragstellerin:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Emden**

**Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Einwohnerinnen und Einwohner**

**Der Rat der Stadt unterstützt die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle Migranten und Migrantinnen!**

Die politische Teilhabe über Wahlen und Abstimmungen ist eines der Kernelemente jeder demokratischen Verfassung, so auch unseres Grundgesetzes. Viele demokratische Länder haben in ihren jeweiligen Verfassungen dieses bedeutende Grundrecht bei Kommunalwahlen nicht von der Staatsangehörigkeit der Einwohner und Einwohnerinnen abhängig gemacht, sondern allein vom dauerhaften Lebensmittelpunkt der Menschen.

In Deutschland leben gegenwärtig ca. 4,5 Millionen Ausländer und Ausländerinnen, die kein Recht auf politische Teilhabe bei Kommunalwahlen haben. Sie sind Staatsangehörige von Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören – sogenannte Drittstaatler. Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, auch nur einen Teil ihrer Mitglieder von elementaren Mitwirkungsrechten auszuschließen. Für die Identifikation aller Migranten und Migrantinnen mit dem Land, in dem sie leben und damit letztlich für den Erfolg von Integrationsprozessen, ist das kommunale Wahlrecht eine wichtige Bedingung. Es ermöglicht demokratische Teilhabe und Mitwirkung, z.B. bei der Gestaltung des unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeldes.

Der Rat der Stadt Emden unterstützt deshalb die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migranten und Migrantinnen. Er fordert Bundestag und Bundesrat auf, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen, um das „Kommunale Wahlrecht für Alle“ in den Bundesländern einführen zu können.

***Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen einen gleichberechtigten Zugang zu den Bereichen Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Wohnen, Politik, Gesundheit und Kultur haben. Sie partizipieren gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben.***